



Gerti FLUHR-MEYER und Katharina STÖCKL-BAUER

Insektenschwund – Wege aus der Krise: Bericht über ein internationales Fachsymposium

Abbildung 1

Mehr als 300 Teilnehmer folgten der Einladung der ANL zum Fachsymposium „Insektenschwund – Wege aus der Krise“ (Foto: Melanie Schuhböck/ANL).

Das Insektensterben hat sich beschleunigt – aber was daraus folgt, darüber herrscht noch Unklarheit. Dies ist der beunruhigende Befund eines Fachsymposiums, das zum Abschluss des Schwerpunktjahres 2019 „InsektenVielfalt“ der ANL am 5. Dezember 2019 im Münchner Schloss Nymphenburg stattfand. Mehr als 300 Wissenschaftler, Verbandsvertreter, Landwirte und Interessierte diskutierten, wie eine Trendwende im Insekten- und Artenschutz gelingen kann. Die abschließende Podiumsdiskussion zeigte einmal mehr, wie schwierig und wichtig der Dialog zwischen den einzelnen Akteuren im Insektenschutz ist.

Das Interesse am Insektenschutz ist auch ein Jahr nach dem erfolgreichen Volksbegehren „Rettet die Bienen. Für mehr Artenvielfalt“ groß: Der Hubertussaal im Münchner Schloss Nymphenburg war bis auf den letzten Platz besetzt, als die Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) zum Fachsymposium „Insektenschwund – Wege aus der Krise“ einlud.

Die Tagung am 5. Dezember 2019 bildete den Abschluss zahlreicher Veranstaltungen der Akademie im Rahmen ihres Schwerpunktjahres „InsektenVielfalt“. Anlass, sich zwölf Monate intensiv mit diesem Thema auseinanderzusetzen, waren laut Akademiedirektor Dieter Pasch die alarmierenden Ergebnisse der „Krefelder Studie“ aus dem Jahr 2017.



Abbildung 2

Alois Glück, Landtagspräsident a. D., hob in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung der Bildung als zentrales Element für das Gelingen einer Trendwende im Insektenschutz hervor (Foto: Melanie Schuhböck/ANL).

1. Runder Tisch – Alois Glück berichtet über seine Erfahrungen

Mit großem Interesse wurde der Bericht des langjährigen Landtagspräsidenten und Landtagsabgeordneten Alois Glück erwartet. Er referierte über seine Erfahrungen als Moderator des von Ministerpräsident Dr. Markus Söder eingerichteten Runden Tisches zur Umsetzung des Volksbegehren. „Wir sind jetzt in der wichtigen Etappe, in der aus dem Gesamtunternehmen eine Gemeinschaftsaufgabe wird“, stellte der Politiker fest. Sorge bereite ihm vor allem, dass sich bäuerliche Familien in ihrer Arbeit immer weniger wertgeschätzt fühlen.

Glück plädierte dafür, sich bei den Verhandlungen für mehr Arten- und Insektenschutz in die Position des anderen hineinzusetzen und sich gegenseitig zuzuhören. Mit Appellen alleine werde nichts erreicht, notwendig seien jetzt vor allem Beratung und Bildung – vom Kindergarten bis zur Fachausbildung. Erforderlich sei zudem ein Umdenken in den kommunalen Bauhöfen, die Grünflächen in Städten und Gemeinden pflegen.

ANL-Direktor Dieter Pasch wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in Sachen Umweltbildung bei den Kommunen einiges in Bewegung sei. Es gebe viele positive Beispiele des Handelns. Das Interesse sei enorm – das habe auch eine Veranstaltung der ANL in Nürnberg gezeigt. Hier konnten sich Kommunen über Konzepte und

ökologische Pflegemaßnahmen informieren, die durch die Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie gefördert werden. Seit Anfang 2020 bereitet die ANL im Auftrag des Bayerischen Umweltministeriums eine Multiplikatoren-Schulung für Bauhofmitarbeiterinnen und -mitarbeiter vor. Dazu werde es einen Praxis-Leitfaden „Kommunale Grünflächen – vielfältig und artenreich“ zur Neuanlage, Entwicklung und Erhaltung kommunaler Grünflächen geben.

2. Fachdialog – Sieben Vorträge informieren zu aktueller Lage und Maßnahmen im Insektenschutz

Der anschließende Fachdialog beschäftigte sich mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Rückgang der Insekten, zu Gefährdungsfaktoren und zu Möglichkeiten, verloren gegangene Lebensräume für Insekten wiederherzustellen.

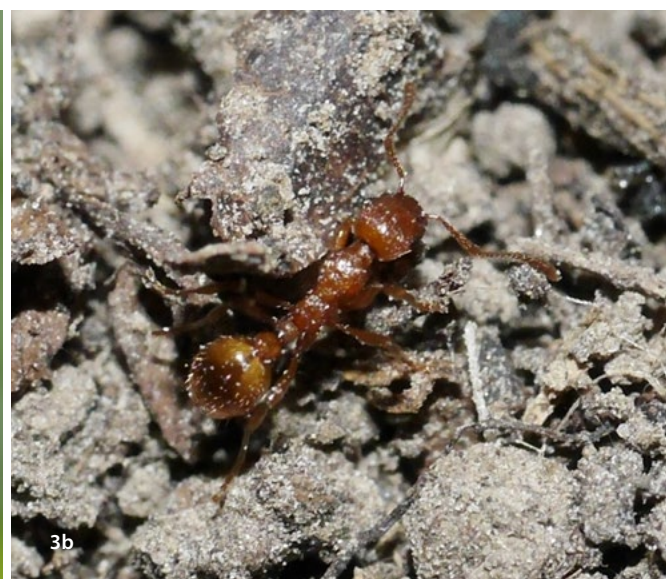
Es referierten Prof. Dr. Andreas Segerer von der Zoologischen Staatssammlung München, Dr. Andreas Fleischmann von der Botanischen Staatssammlung München, Dr. Chrys van Swaay und Dr. Irma Wynhoff von der Organisation „De Vlinderstichting“ in Wageningen (Niederlande), Dr. Kathrin Januschke von der Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Josef Settele vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Halle und Dr. Sebastian Seibold von der Technischen Universität München.

Ihre wesentlichen Aussagen waren:

- Der Rückgang der Insekten ist unbestritten und hat sich beschleunigt. Nicht nur die Insektenmasse ist betroffen, zunehmend sterben auch Arten aus. Laut einer im renommierten Wissenschaftsmagazin „Nature“ veröffentlichten Studie der Technischen Universität (TU) München hat auf für Deutschland repräsentativen Untersuchungsflächen die Zahl der Insektenarten in den letzten zehn Jahren um etwa ein Drittel abgenommen – und zwar im Grünland wie im Wald (SEIBOLD et al. 2019). Die größten Verluste waren auf Grünlandflächen zu verzeichnen, die von Ackerland umgeben sind.
- Der Insektenschwund ist in Bayern schon lange zu beobachten. Sogar Naturschutzgebiete sind betroffen, wie das Beispiel Keilberg in der Nähe von Regensburg zeigt. Dort sind in den letzten 250 Jahren die Bestände von Schmetterlingen um 29 Prozent zurückgegangen.
- Für das Verschwinden der Insekten sind viele Faktoren verantwortlich. Sie sind zum Teil seit mehr als hundert Jahren bekannt. Öffentlich weniger bewusst ist die wichtige Rolle von Stickstoffeinträgen aus Landwirtschaft und Verkehr. Als Haupttreiber gelten eine intensive Landwirtschaft, Flächenverbrauch, Lebensraumverluste und eine fehlende Vernetzung der verbliebenen Habitate. Invasive Arten, wie die Kanadische Goldrute, können Arten regional verdrängen, die an bestimmte Pflanzen gebunden sind. Lichtverschmutzung, Windkraft und Verkehr töten ebenfalls Insekten – sie beeinträchtigen Populationen jedoch in deutlich geringerem Ausmaß.
- Insekten brauchen strukturreiche, vielfältige Lebensräume. Von großer Bedeutung sind natürlich gewachsene Hecken, Ackerrandstreifen und magere Blumenwiesen, die schon lange bestehen. Solche Strukturen gilt es zu erhalten und zu pflegen. Weiter helfen Insekten die Extensivierung von Wirtschaftsgrünland, Mulch-Verzicht, der Erhalt von Brachflächen und Mähzeitpunkte, die auf ihren Lebenszyklus abgestimmt sind. Angesäte, schmale Blühstreifen mit fremdländischen Pflanzenarten sind für lang etablierte Blühwiesen kein Ersatz – im Gegenteil. In der Nähe von intensiv bewirtschafteten Agrarflächen können sie Insekten sogar schaden, da sich Pestizide in Blühpflanzen mitunter mehr anreichern als auf den Zielpflanzen selbst.
- Um das Ausmaß des Rückgangs klar zu machen, sind Methoden nötig, die es erlauben, die Trends in der Entwicklung von Insektenpopulationen zu dokumentieren und anschaulich darzustellen. Dazu wurden Möglichkeiten vorgestellt: Der „EU all butterfly indicator“ fasst, ähnlich wie ein Aktienindex, die Bestandszahlen verschiedener Arten aus den unterschiedlichsten Regionen Europas in einer Zahl zusammen und zeigt für alle europäischen Schmetterlinge seit 1990 einen Rückgang um 30 Prozent. Hilfreich zur Beurteilung von Insektenbeständen ist zudem die Plattform „observation.org“. Ehrenamtliche Naturschützer und Forscher sammeln hier weltweit Naturbeobachtungen. Gut für Laien geeignet ist das Monitoring von Motten. Datensammler müssen dabei die Arten nicht kennen, um sie zu erfassen.

Abbildung 3

Der Wiesenknopfameisenbläuling (*Maculinea nausithous*, links) befindet sich seit Jahren „im Sinkflug“. Zum Überleben brauchen die Schmetterlingslarven den Großen Wiesenknopf (*Sanguisorba officinalis*) und die Rote Knotenameise (*Myrmica rubra*, rechts; Fotos: Erk Dallmeyer/piclease (links), Antje Deepen-Wieczorek/piclease).



- Für bedrohte Insektenarten Lebensbedingungen zu schaffen, damit sie langfristig überleben können, ist sehr aufwendig und teuer. Viel günstiger und sinnvoller ist es, noch intakte Lebensräume zu erhalten. Das zeigte ein niederländisches Projekt zur Wiederherstellung von Lebensräumen für den Hellen Ameisenbläuling. Damit die Schmetterlingsart überleben kann, musste nicht nur eine Menge Erde abgetragen werden, um ein ehemaliges Feuchtgebiet wiederherzustellen. Notwendig war es zudem, die Lebensbedingungen für Knotenameise und Wiesenknopf, einer Pflanzenart, sicherzustellen. Denn vom Vorhandensein dieser Arten ist der Ameisenbläuling in seinem Lebenszyklus abhängig. Insgesamt kostete die Wiederherstellung der Lebensräume mehr als vier Millionen Euro!
- Sehr viel zum Erhalt von Insekten können Renaturierungen von Auen und Gewässern beitragen. Besonders profitieren davon Insekten wie Eintagsfliegen und Libellen, die als Larven lange Zeit im Wasser verbringen und erst als erwachsene Tiere an Land am Gewässerrand leben. Bis Renaturierungen wirksam werden, kann es durchaus mehr als zehn Jahre dauern, wie Kathrin Januschke von der Universität Duisburg-Essen berichtete. Generell reagieren Uferarten schneller auf ökologische Verbesserungen als im Wasser vorkommende Insekten. Entscheidend für den Erfolg sind die Rahmenbedingungen: Gibt es noch Tiere in der Umgebung, die die Flächen wiederbesiedeln können und welche Einträge aus der Landwirtschaft sind zu erwarten? Um den Erfolg von Maßnahmen zu beurteilen und gegebenenfalls nachzusteuern, gibt es künftig eine bundesweite Erfolgskontrolle von Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern.
- Nicht ausschließlich die Insekten gehen zurück, sondern viele Tier- und Pflanzenarten weltweit. Dies findet zunehmend Gehör in der Politik, wie Prof. Dr. Josef Settele berichtete. Er war beim französischen Präsidenten Emmanuel Macron, beim deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und bei der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen eingeladen, um über die alarmierenden Ergebnisse der jüngsten Beurteilung des Weltbiodiversitätsrats zu berichten: Mehr Arten von Pflanzen und Tieren als jemals zuvor in der menschlichen Geschichte sind demnach vom Aussterben bedroht. Notwendig ist laut Weltbiodiversitätsrat, dessen Co-Vorsitzender Settele ist, ein „transformativer Wandel“, das heißt „eine grundlegende, systemweite Reorganisation über technologische, wirtschaft-

liche und soziale Faktoren hinweg, einschließlich Paradigmen, Zielen und Werten“.

Poster in der Mittagspause – Präsentation und Prämierung des besten Plakats

Zusätzlich zu den Vorträgen informierten Poster-Präsentationen über aktuelle Forschungsarbeiten zum Insektenschutz. Das beste Plakat wurde prämiert: Den mit 150 Euro dotierten ersten Preis erhielt Jonas Hagge, Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Entomologie an der TU München und in der Biodiversitätsforschung im Nationalpark Bayerischer Wald. Sein Poster zeigte, wie streifenförmige Entrindung von liegenden Fichtenstämmen einer weiteren Ausbreitung des Buchdruckers als Baumschädling vorbeugen kann.

Filmvorführung – Bewegtes Bild veranschaulicht Gesagtes

Es wurde nicht ausschließlich geredet: Die Kernaussagen der Fachvorträge verdeutlichte anschaulich der Film „Die Wiese – ein verlorenes Paradies?“ des vielfach ausgezeichneten Tierfilmers und Autors Jan Haft. Das in 300 Drehtagen aufwendig produzierte Werk zeigte nicht nur eindrucksvoll die faszinierende Artenvielfalt und Lebenswelt einer intakten Blumenwiese, sondern auch, welchen verheerenden Einfluss der Einsatz von Düngern dort hat.

Podiumsdiskussion – Dialog ist wichtig aber schwierig

Die Lage der Insekten ist ernst. Darin waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der von Dr. Marlene Weiß aus der Redaktion Wissen der Süddeutschen Zeitung moderierten abschließenden Podiumsdiskussion einig. Doch die Art und Weise, wie das Bürgerbegehren umgesetzt wird und welche Maßnahmen notwendig sind, beurteilten die Anwesenden unterschiedlich.

Es diskutierten **Prof. Dr. Josef Settele**, Stellvertretender Leiter am Department Biozönoseforschung am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Halle, **Prof. Dr. Michael von Hauff**, Seniorprofessor am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen und Nachhaltigkeit an der Technischen Universität Halle, **Martin Erhardsberger**, Umweltreferent beim Bayerischen Bauernverband (BBV), **Cordula Rutz**, Geschäftsführerin der Landesvereinigung für ökologischen Landbau in Bayern e.V. (LVÖ), **Dr. Christine Margraf** vom BUND Naturschutz in Bayern (BN) und **Dr. Norbert Schäffer**, Vorsitzender des Landesbundes für Vogelschutz in Bayern (LBV).

Unter dem Eindruck der Bauernproteste gegen schärfere Auflagen zum Insekten- und Umweltschutz im Herbst 2019 startete die Diskussion mit der Frage nach der Stimmung bei den Landwirten. Bei den Landwirten brodte es, berichtete Bauernverbandsvertreter Martin Erhardsberger. Bauern seien nicht grundsätzlich gegen strengere Umweltauflagen – im Gegenteil. Bayerns Landwirte seien bei der Umsetzung von Agrarumweltmaßnahmen Spitzenreiter in Deutschland. Neue Anforderungen, Gesetze und Verordnungen, die nicht mehr zu erfüllen seien, würden aber zunehmend zu einem Problem. Dazu kämen Zielkonflikte von Naturschutz, Verbraucherschutz oder Tierwohl, die im Widerspruch stünden und die der Landwirt aussteuern müsse.

Angesichts des bayerischen Ziels, 30 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen im Freistaat bis zum Jahr 2030 ökologisch zu bewirtschaften, bezeichnete dagegen Ökolandbau-Vertreterin Cordula Rutz die Stimmung der von ihr vertretenen Bäuerinnen und Bauern als sehr gut. Sie forderte eine klare Strategie, wie das Ziel von mehr Ökolandbau umgesetzt werden soll. Der Staat müsse eine Vorreiterrolle einnehmen. Notwendig seien eine entsprechende Förderpolitik sowie Maßnahmen in Forschung und Bildung.

Die anwesenden Naturschutzverbände kritisierten, dass fast ein Jahr nach dem erfolgreichen Volksbegehren und dem Runden Tisch eine Wende für mehr Insekten- und Artenschutz noch nicht erreicht sei und dass viel Potenzial in der Umsetzung ausgebremst werde. Gestritten werde um Details. Zum Beispiel, wo Gewässerrandstreifen beginnen – an der Böschungsoberkante oder an der Uferlinie. Oder unter welchen Bedingungen eine Streuobstwiese gesetzlichen Schutz erhält. „Ich wünsche mir, dass der gemeinsame Wille, das Volksbegehren umzusetzen, in nächster Zeit wieder im Vordergrund steht“, meinte Christine Margraf vom BUND Naturschutz. „Und nicht das ‚Geschacher‘, es von hinten herum wieder auszuhehlen.“

Unterschiedliche Auffassungen wurden auch bei der künftigen Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik deutlich. „Wir hatten bislang eine völlig verkehrte Subventionspolitik“, sagte Michael von Hauff von der Technischen Universität Halle. „Dadurch hat es Verfestigungen in der Landwirtschaft gegeben, die schwer umzusteuern sind.“ Man müsse überlegen, welche Landwirtschaft man wolle. Er wünsche sich eine klare Nachhaltigkeitsstrategie für die Landwirtschaft, die für einzelne Themen, wie beispielsweise die Reduktion der



Abbildung 4

Das Podium diskutierte teils kontrovers über die notwendigen Schritte, um das Insektensterben aufzuhalten (von links nach rechts: Josef Settele, Christine Margraf, Martin Erhardsberger, Marlene Weiß, Michael von Hauff, Cordula Rutz, Norbert Schäffer; Foto: Melanie Schuhböck/ANL).

Nitratbelastung, klar aufzeige, in welchen Zeiträumen was passieren müsse und dürfe. Unterstützung fand er bei der Vertreterin des ökologischen Landbaus und den Naturschutzverbänden. „Wir müssen die Landwirtschaft vollständig reformieren“, forderte Christine Margraf vom BUND Naturschutz, der sich auch in der europäischen Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“ für einen Pestizidausstieg bis zum Jahr 2035 einsetzt. Damit die bewirtschaftenden Landwirte in den Genuss von Fördergeldern kommen, müsse man von flächenbasierten Prämien und der Verteilung von Geldern im Gießkannensystem hin zu einer Prämierung von Arbeitskraft und/oder Förderung für gesellschaftsrelevante, das Gemeinwohl und den Naturhaushalt fördernde Maßnahmen kommen.

Der Bauernverband plädierte dagegen für regionale Konzepte und dafür, den weltweiten Handel nicht aus den Augen zu verlieren. „Wir haben es beim Raps gesehen“, meinte Martin Erhardsberger vom Bauernverband. „Durch das Verbot des Beizens mit Neonicotinoiden ist der Rapsanbau um 25 Prozent zurückgegangen und wir importieren Raps aus Australien oder Kanada.“ Bestimmungen zum Nitratreintrag müssten an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden. In Bayern seien lediglich acht Prozent der Grundwasser-Messstellen über dem Grenzwert. Da müsse man bestimmte Regelungen zum Stickstoffeintrag überdenken, wenn es darum gehe, die Zwischenfrucht aus Gründen des Erosionsschutzes nicht mehr zu düngen. Oder wenn gefordert werde, dass ein Landwirt 20 Prozent weniger Dünger ausbringen soll, als er für den Pflanzenertrag errechnet hat.

Weitgehende Einigkeit herrschte bei den Diskutanten jedoch darüber, dass Landwirte Planungssicherheit hinsichtlich der Zuwen-

dungen und Vorschriften für Naturschutzleistungen brauchen. Wichtig seien außerdem faire Preise für landwirtschaftliche Produkte.

In der abschließenden Diskussion mit dem Plenum warben konventionell wirtschaftende Landwirte um Verständnis für ihre Situation. Sie wiesen darauf hin, dass der Wachstumsdruck in der Landwirtschaft enorm sei. Naturschutzmaßnahmen würden das Wirtschaften erschweren. Zum Beispiel fehlen Flächen, die aus der Verpachtung genommen werden, um Blühflächen daraus zu machen, für die Gülleentsorgung bei der Tiermast. Das erhöhe den Flächendruck und führe dazu, dass Betriebe aufgeben. Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)-Prämien sollte es nicht für kleine „Alibi-Landwirte“ geben, die im Nebenerwerb wirtschaften, sondern gleichermaßen für große Bauern.

Dem Vorwurf der Alibilandwirtschaft widersprach Norbert Schäffer vom LBV. Er forderte zum wiederholten Mal, statt Flächenprämien Landwirte für Natur- und Umweltmaßnahmen zu bezahlen. „Wenn auf ein paar Prozent der Fläche statt Lebensmittel oder Bio-Sprit biologische Vielfalt hergestellt wird, haben alle etwas davon und der Landwirt soll dafür richtig belohnt werden“, sagte der LBV-Vorsitzende.

Statements der Diskutanten

Dr. Norbert Schäffer, Vorsitzender des Landesbund für Vogelschutz (LBV)

Wir verlieren große Teile unserer biologischen Vielfalt. Ursache hierfür, darin sind sich die Wissenschaftler einig, ist nicht nur, aber in erster Linie, die intensive Landnutzung, insbesondere die intensive Landwirtschaft. Entscheidend sind drei die intensive Landwirtschaft kennzeichnende Schlüsselfaktoren: (1) Strukturverlust (Hecken, Wegränder, Feldraine und so weiter), (2) Pestizideinsatz und (3) Düngemitelesatz mit unterschiedlicher Gewichtung. Die Situation ist klar, die Ursachen sind bekannt und notwendige Maßnahmen im Detail beschrieben.

In meinen Redebeiträgen während der Podiumsdiskussion habe ich die Vertreterinnen und Vertreter der Landwirtschaft dringend gebeten, unsere Probleme hinsichtlich Verlust an biologischer Vielfalt und Nitratbelastung von Grundwasser anzuerkennen, ohne dass dies eine Schuldzuweisung ist. Statt die Ursachen in Frage zu stellen oder zu relativieren und beispielsweise gegen bestimmte Maßnahmen aus dem Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ vorzugehen, sollten Bäuerinnen und Bauern mit uns

zusammen das Volksbegehren als Chance nutzen, zu einer anderen, naturverträglicheren Form der Landwirtschaft zu kommen und die Gesellschaft dabei in die Pflicht zu nehmen.

Selbstverständlich haben Landwirte das gute Recht, von ihrer wichtigen Arbeit gut zu leben. Hierfür ist auch langfristige Planungssicherheit entscheidend. Ein „weiter so“ wie bisher darf und kann es aber nicht geben. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen leidet unsere biologische Vielfalt, unsere Umwelt und – nicht zuletzt – auch die Landwirtschaft. Daher der von mir, auch während der Podiumsdiskussion wiederholte Aufruf des LBV an die Bäuerinnen und Bauern: „Hören Sie auf, sich der Realität zu verschließen, hören Sie auf, grüne Kreuze aufzustellen und die Innenstädte mit Traktorendemonstrationen zu blockieren. Lassen Sie uns stattdessen gemeinsam Lösungen entwickeln, die – etwas plakativ ausgedrückt – Bienen und Bauern ein gutes Leben ermöglichen.“

Prof. Dr. Michael von Hauff, Ökonom, Universität Kaiserslautern

In der gegenwärtigen Diskussion um eine ökologisch nachhaltigere Landwirtschaft wird oft vernachlässigt, dass Nachhaltigkeit auf drei Dimensionen basiert: die ökologische Ausgewogenheit, die soziale beziehungsweise gesellschaftliche Verträglichkeit und die ökonomische Tragfähigkeit für die Landwirtinnen und Landwirte. In diesem umfassenden Nachhaltigkeitsverständnis, das international einen breiten Konsens gefunden hat, stellt sich dann die Frage, wie es zu Fehlentwicklungen kommen konnte. Hierzu einige Stichpunkte. Die Agrarsubventionen auf nationaler und europäischer Ebene sind teilweise nicht nur widersprüchlich, sondern sie waren und sind auch heute noch überwiegend nicht nachhaltig: sie widersprechen der ökologischen Ausgewogenheit.

Zur sozialen Verträglichkeit gehört, Lebensmittel zu Preisen anzubieten, die sich Konsumenten leisten können. Hier muss aber auch berücksichtigt werden, dass die Kosten in vielen anderen Lebensbereichen (Wohnen, Mobilität, Kleidung et cetera) viel stärker gestiegen sind als für Lebensmittel. Hinzu kommt, dass wir ständig mehr Lebensmittel „entsorgen“. Sollten wir Konsumenten unsere Verantwortung in dieser vielschichtigen Konfliktstruktur nicht auch überdenken? Was bedeutet in diesem Zusammenhang ein verantwortungsvoller nachhaltiger Konsum?

Die ökonomische Tragfähigkeit für Landwirtinnen und Landwirte erfordert eine „angemessene Bezahlung der Produkte“. Auf dem Markt für landwirtschaftliche Produkte stehen mächtige Oligopolisten den vielen kleinen Produzenten gegenüber. Kommt es hier zu einer angemessenen Bezahlung landwirtschaftlicher Produkte?

Ein konstruktiver Dialog um die Zusammenführung der drei Dimensionen und die Verringerung der vielfach gegenläufigen Interessen steht noch aus – er ist aber dringend notwendig, wofür sich auch das „Institute for Earth System Preservation (IESP) – Verein zur Förderung weitergehender Studien zur Bewahrung des Erdsystems e.V. (www.iesp.de)“ bemüht.

Dr. Christine Margraf, BUND Naturschutz in Bayern e.V. (BN)

Die Sensibilität gegenüber dem Arten-, insbesondere dem Insektensterben, ist in der Bevölkerung 2019 deutlich gestiegen. Für die richtigen Maßnahmen brauchen wir nun sehr viel Beratung und mehr Naturschutzpersonal. Artenschutz braucht Landwirte, Verbraucher und Kommunen, aber auch die richtigen staatlichen Rahmenbedingungen.

Der BN arbeitet schon lange in vielen Projekten mit Landwirten vor Ort gemeinsam an Biotopverbund und Co. Wir erwarten vom Bauernverband, dass er für eine gemeinsame Umsetzung bereit ist und sie unterstützt. Dass Landwirte protestieren, ist grundsätzlich berechtigt, aber sie werden nur etwas bewirken, wenn sie sich nicht gegen gesellschaftlich akzeptierte und unstrittig nötige ökologische Verbesserungen wenden, sondern wenn sie die Ursachen der Niedrigpreispolitik und des Zwangs zur Intensivproduktion und zum „Wachsen oder Weichen“ angreifen – wie wir es zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft, den Ökobauern und dem Bund Deutscher Milchviehalter seit langem tun.

Von zentraler Bedeutung ist daher, dass der Staat endlich bei zentralen Rahmenbedingungen handelt. Landwirte und Artenvielfalt brauchen mehr Flächenschutz und eine Agrarwende, in der Landwirte mit dem Erhalt öffentlicher Güter (intakte Natur, gesundes Wasser, saubere Luft, Klimaschutz) Geld verdienen und davon leben können. Sowohl das Bauernsterben als auch das Artensterben wurden durch verfehlte agrarpolitische Weichenstellungen auf EU-Ebene – unterstützt von der deutschen und bayerischen Agrarpolitik – verursacht. 2020 wird darüber neu entschieden.

Daher unterstützen wir auch die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“. Sie fordert ein EU-weites Ende chemisch-synthetischer Pestizide bis 2035 und die Unterstützung für die Bauern bei der Umstellung auf eine gesunde, kleinbäuerliche Landwirtschaft, die zum Erhalt der Artenvielfalt beiträgt. Dass ein solcher Verzicht möglich ist, zeigt heute schon der Ökolandbau.

Cordula Rutz, Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e.V. (LVÖ)

Mit der Annahme des Volksbegehrens „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!“ hat die bayerische Politik dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach einem verbesserten Naturschutz sowie den wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Dramatik des Artensterbens Rechnung getragen. Die LVÖ Bayern hat das Volksbegehren unterstützt. Für uns war klar: Um dem Artenschwund auch in Bayern etwas entgegenzusetzen, muss deutlich mehr passieren als bisher.

Der Ausbau des ökologischen Landbaus kann zum Erhalt der Biodiversität nachgewiesenermaßen einen wichtigen Beitrag leisten. Der ökologische Landbau punktet dank flächengebundener Tierhaltung, vielfältigen Fruchtfolgen und dem Verzicht auf synthetische Pestizide und Kunstdünger genau dort, wo Landwirtschaft in der Fläche umweltverträglicher werden muss. Das neue Bayerische Naturschutzgesetz setzt deswegen zurecht ambitionierte staatliche Ausbauziele für den Ökolandbau in den nächsten Jahren. Um diese zu erreichen, ist ein Bündel von gezielt auf den Ökolandbau ausgerichteten staatlichen Maßnahmen notwendig. Nur ein ganzheitlicher Ansatz, der Forschung und Ausbildung genauso im Blick behält wie die Erzeugung, die Verarbeitung und die Nachfrage, kann langfristig erfolgreich sein.

Ein grundlegender Umbau unseres Agrar- und Ernährungssystems ist notwendig. Die Kosten hierfür dürfen jedoch nicht einseitig den Bäuerinnen und Bauern aufgebürdet werden. Sie brauchen die Unterstützung von Gesellschaft und Verbrauchern sowie Planungssicherheit für ihre Betriebe. Die Landwirtschaft ist dabei von Entscheidungen der internationalen Handels- und Agrarpolitik in großem Maße abhängig. Dennoch ist es richtig und wichtig, dass sich immer mehr Menschen in ihrem direkten Lebensumfeld für nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung stark machen, indem sie sich zum Beispiel einer solidarischen Landwirtschaft anschließen, Ernährungs-

räte gründen oder Kommunen als Öko-Modellregionen oder Biostädte den Ökolandbau fördern.

Martin Erhardsberger, Bayerischer Bauernverband

Die bayerische Arten- und Biotopvielfalt ist in den letzten Jahrhunderten maßgeblich durch die Bewirtschaftung entstanden.

In der medialen Diskussion wird derzeit der Eindruck vermittelt, dass sich Landwirte gegen Umweltauflagen und gar gegen den Umweltschutz per se aussprechen. Dies trifft so nicht zu. So nimmt aktuell jeder zweite bayerische Betrieb mit rund jedem dritten Hektar an einer Agrarumweltmaßnahme teil.

Bayern setzt 75 % der Mittel der zweiten Säule für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen sowie den Ökolandbau ein und ist mit im Schnitt 120 Euro pro Hektar damit Spitzenreiter in Deutschland. Untersuchungen der Landesanstalt für Landwirtschaft sowie der Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf belegen die Wirksamkeit dieser Anstrengungen auch für die Biodiversität.

Allerdings können manche diskutierten oder beschlossenen Vorgaben aufgrund mangelnder Praxistauglichkeit sowie durch Ausblendung von Zielkonflikten von den Landwirten nicht mehr erfüllt werden. Letztlich verbleibt das unternehmerische Risiko beim Betrieb, während Entscheidungsfreiheit und Handlungsoptionen massiv eingeschränkt werden. Hinzu kommt, dass die bayerischen Landwirte nach strengen Auflagen wirtschaften müssen, während für Importe niedrigere Standards gelten. So ist der Rapsanbau in Deutschland aufgrund fehlender Beizmittel rückläufig, dafür wird Rapsöl aus Australien und Nordamerika (Letzteres aus gentechnisch veränderten Beständen) importiert.

Die Landwirte sind bereit, ihre Betriebe auf neue gesellschaftliche Anforderungen auszurichten. Anders als bei der „Teller-oder-Tank-Diskussion“ (Bioenergie), die letztlich Investitionen und Perspektiven vernichtet hat, braucht es beim künftig noch stärkeren Fokus auf die „Erzeugung von Biodiversität“ Planungssicherheit sowie ein ausreichendes Einkommen. Eine „Teller-Biodiversitäts-Diskussion“, die innovative, produktionsintegrierte Betriebskonzepte wieder ad absurdum führt, sollte durch einen gesellschaftlich breit angelegten Konsens im Sinne aller Beteiligten vermieden werden.

Autorinnen



Gerti Fluhr-Meyer,

Jahrgang 1961.

Diplom-Biologin und freie Journalistin, Redakteurin und Autorin mit den Schwerpunkten Natur- und Umweltschutz, Gesundheit und Verbraucherschutz. Tätigkeit für die Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, den Verbraucher-Service Bayern, das Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt und andere.

Studium der Biologie an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, Nachdiplomstudium Siedlungswasserbau und Gewässerschutz an der Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Zürich. Volontariat (Wort & Bild Verlag) und Ausbildung zur Online-Journalistin an der Journalistenakademie in München.

+49 89 57968814
g.fluhr-meyer@online.de



Dr. Katharina Stöckl-Bauer,

Jahrgang 1985.

Studium der Biologie an der Technischen Universität München (TUM). Promotion und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Aquatische Systembiologie der TUM von 2011 bis 2017, Leitung der Koordinationsstelle für Muschelschutz. Im Anschluss freiberufliche Tätigkeit in der Umweltbildung sowie Mitarbeiterin in einem Planungsbüro und seit 2019 an der ANL im Fachbereich Angewandte Forschung und internationale Zusammenarbeit beschäftigt.

+49 8682 8963-53
katharina.stoeckl@anl.bayern.de

Literatur

SEIBOLD, S., GOSSNER, M. M., SIMONS, N. K. et al. (2019): Arthropod decline in grasslands and forests is associated with landscape-level drivers. – *Nature* 574(7780): 671–674.

Zitiervorschlag

FLUHR-MEYER, G., & STÖCKL-BAUER, K. (2020): Insektenschwund – Wege aus der Krise: Bericht über ein internationales Fachsymposium. – *ANLiegen Natur* 42(1): 55–62, Laufen; www.anl.bayern.de/publikationen.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Anliegen Natur](#)

Jahr/Year: 2020

Band/Volume: [42_1_2020](#)

Autor(en)/Author(s): Fluhr-Meyer Gerti (Gertrud), Stöckl-Bauer Katharina

Artikel/Article: [Insektenschwund – Wege aus der Krise: Bericht über ein internationales Fachsymposium 55-62](#)